

Gesundheitswesen | Die Versorgungssicherheit in der Medizin stellt das Gesundheitswesen vor Herausforderungen

Patentrezepte gibt es keine

BRIG-GLIS | Wie lässt sich die medizinische Grundversorgung in der Zukunft in Randregionen sicherstellen? Mit dieser Frage beschäftigten sich am Dienstagabend drei namhafte Referenten.

Zum Anlass geladen hatte MedicaPlus – der Verein der selbstständigen und unabhängigen Apotheken im Oberwallis – sowie die Walliser Ärztesgesellschaft. Zahlreiche Ärzte, Apotheker und Politiker lauschten im «Perron 1» den drei Referenten, welche die Herausforderungen der medizinischen Grundversorgung in Randregionen auf unterschiedliche Weise beleuchteten. Als erster Referent konnte Pascal Strupler, Direktor des Bundesamtes für Gesundheit (BAG), mit erstaunlichen Statistiken und Zahlen aufwarten.

«Das Thema ist nicht nur aktuell, sondern akut»

Pascal Strupler, Direktor BAG

Zurzeit praktizieren im Wallis 750 Ärztinnen und Ärzte mit einer Berufsbewilligung. Davon sind 316 Haus- und Kinderärzte. Somit entfällt im Wallis auf 1000 Einwohner ungefähr ein Hausarzt. Die Problematik liegt darin, dass 50 Prozent der Haus- und Kinderärzte über 55-jährig sind und eine Generation an Ärzten nachkommt, die andere Ansprüche an den Beruf und an das Leben stellt.

Feminisierung des Medizinwesens

«Eine nachhaltige Versorgungssicherheit ist eine grosse Herausforderung», betonte der in Naters aufgewachsene Strupler. Die junge Generation Ärzte ist oftmals nicht mehr bereit, als Einzelkämpfer rund um die Uhr einsatzbereit zu sein. Teilzeitstellen sind gefragt und diese vor allem in Gruppenpraxen. «Der Haus-

arzt von gestern wird nicht mehr der Hausarzt von morgen sein», so der BAG-Direktor. Da junge Ärzte weniger und in anderen Strukturen arbeiten wollen, braucht es im Schnitt 1,8 Ärzte, um einen bisherigen Hausarzt zu ersetzen. Wie sich die Situation zurzeit entwickelt, wird es sehr schwierig werden, die etlichen nach und nach ins Pensionsalter rückenden Haus- und Kinderärzte zu kompensieren. Zudem ist der Mediziner Nachwuchs stark weiblich, was wiederum Einfluss auf die Berufsausübung in Zukunft haben wird. So sind schon heute 61,5 Prozent der Absolventen des Staatsexamens in Medizin Frauen, die in Zukunft potenziell Familie und Beruf vermehrt in Einklang zu bringen versuchen – was sich mit dem sehr zeitintensiven Hausarztberuf nur erschwert vereinbaren lässt. Damit die medizinische Grundversorgung in Randregionen auch in Zukunft gewährt werden kann, hat der Bundesrat die Strategie «Gesundheit 2020» verabschiedet. Laut Strupler muss das Problem jedoch baldmöglichst angegangen werden: «Das Thema ist nicht nur aktuell, sondern akut.» Um den Herausforderungen gerecht zu werden, fordert er Mut zur Vernetzung – vor allem auch zwischen Ärzten und Apothekern. Teamarbeit und Gruppenpraxen sieht Strupler nicht nur als Nachteil, sondern auch als mögliche Chance – wie beispielsweise das geplante Gesundheitszentrum im Goms zeigt.

Adäquate Anerkennung nötig

Monique Lehky Hagen, Präsidentin des Walliser Ärztesverbandes, wählte für ihr Referat einen Blickwinkel aus ärztlicher Sicht. Und sparte nicht mit Kritik am Gesundheitssystem. So sieht sie etwa den im Vergleich zur restlichen Schweiz sehr tiefen Taxtpunkt (TARME), den die Ärzte im Wallis in Rechnung stellen können, sowie auch einen infrage zu stellenden hohen Workload ohne adäquate Anerkennung und ohne zeitgemässe Entlohnung als Punkte, die für junge Ärzte wenig motivierend wirken, ins Walliser Gesundheitswesen einzusteigen. Kritisch steht Lehky Hagen auch der tendenziellen Kompe-

tenzabnahme und der vermehrten Spezialisierung gegenüber, die sie bei der Ausbildung von Medizinerinnen feststellt. «Wenn sich jemand nur noch mit der Prostata auskennt, kann dieser in der Grundversorgung nur bedingt eingesetzt werden», so Lehky Hagen. Als Lösungsansätze schlägt sie daher unter anderem eine bessere pluridisziplinäre Zusammenarbeit sowie eine finanzielle Aufwertung des Taxtpunktwerts im Wallis vor. Ihre Konzeptidee sind medizinisch sinnvolle Netzwerke, die eine optimale Nutzung der Ressourcen des Walliser Gesundheitswesens ermöglichen. Diese wären auch in der Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Apothekern denkbar, da das Wallis zwar eine der tiefsten Ärzteraten, jedoch eine der höchsten Apothekeraten (pro 100 000 Einwohner) der Schweiz hat.

Apotheken als erste Anlaufstelle

Auf den Wert der Apotheken verwies in einem letzten Referat der Präsident von PharmaSuisse, Fabian Vaucher: «Von 1000 Einwohnern der Schweiz werden pro Jahr 750 krank. 250 davon gehen bei der Erkrankung zum Arzt, 500 hingegen in die Apotheke.» Somit übernimmt die Apotheke als erste Anlaufstelle eine wichtige Funktion im Gesundheitswesen.

Eine kurze Diskussion ergänzte die drei Referate. Für Rolf Lagger, der als Präsident von MedicaPlus den Anlass organisierte, war am Ende des Abends eindeutig klar, dass die Attraktivität des Hausarztberufs gesteigert werden muss, damit auch junge Ärzte wieder bereit sind, als Allgemeinmediziner zu praktizieren. Konsens bestand auch darin, dass die Berufsverbände – seien es Apotheker oder Ärzte, aber auch der Spitexbereich – besser kooperieren müssen. Patentrezepte konnten am Abend letztlich keine präsentiert werden. Die Frage, wie die Bevölkerung in Zukunft medizinisch gut versorgt werden kann, bleibt somit bestehen. Ein möglicher Weg wäre die Kompetenzerweiterung für Apotheken. Dieses Thema stand aber bei den Referaten und der Diskussion nicht im Vordergrund. **azn**



Hoher Besuch. Auch in Bern weiss man um die sich anbahnenden Probleme in der medizinischen Grundversorgung. Bescheid. Pascal Strupler, Direktor des BAG, am Referieren.

FOTO WB

Religion | Referat über das Verhältnis von Staat und Religion mit den Menschen im Brennpunkt

«Menschenrechte vor Religionsfreiheit»

BRIG-GLIS | Dr. Adrian Loretan hielt am Dienstagabend am Briger Kollegium ein Referat zum Thema «Religion und Staat». In der anschließenden Podiumsdiskussion stand von der ersten Sekunde an der Islam im Fokus.

«Wie leben Atheistinnen, Muslime, Katholikinnen und Protestanten friedlich zusammen in einer pluralistischen Gesellschaft?» Dieser Frage ging Dr. Adrian Loretan, Professor für Kirchenrecht und Staatskirchenrecht an der Universität Luzern, in seinem Referat auf den Grund. Gemäss Loretan spielt dabei gegenseitiger Respekt eine entscheidende Rolle. «Und, dass der Staat von der Religion losgelöst existiert, da die Menschenrechte und die Religionsfreiheit oft im Widerspruch stehen. Eine Religion als oberste gesetzliche Instanz öffnet Tür und Tor für die Diskriminierung von Andersgläubigen.» Als historisches Beispiel führte er Mendelssohn an, der preussischer Staatsbürger werden wollte, aber dafür seinen Glauben hätte wechseln müssen. Für einen Juden bestand diese Möglichkeit nicht.

Assimilation und Differenz

Am Ende seines Vortrags be-

tonte Loretan für eine Integration von Minderheiten die Wichtigkeit von Assimilation und Differenz.

«Bereitschaft, sich anzupassen, aber auch das Recht aufs Anderssein»

Dr. Adrian Loretan

Die eine Seite muss also bereit sein, sich anzupassen, die andere Seite muss der Minderheit aber auch den nötigen Freiraum für kulturelle Eigenheiten und das Recht aufs Anderssein gewähren – solange dies mit den Menschenrechten konform geht. «Die Minarett-Initiative erhielt beispielsweise in jenen Regionen den grössten Zuspruch, wo keine Muslime leben, also welche Muslime auch am schlechtesten kennen», so Loretan.

Integration von Muslimen

Pfarrer Daniel Rotzer startete die anschließende Podiumsdiskussion mit einer Frage über den Koran an Imam Rahim Hasani aus Visp. Er wollte wissen, ob es im Koran eine Stelle gibt, in der die Toleranz gegenüber

anderen Menschen im Zentrum steht. Die Antwort blieb er aber grösstenteils schuldig, da an dieser Stelle alt Bundesrat Pascal Couchepin, ebenfalls Podiumsgast, intervenierte: «Mit dieser Frage bin ich gar nicht einverstanden, man verlangt ja auch von keinem Katholiken, sich für Franco zu rechtfertigen.» Rotzers Absicht war wohl eher, Hasani die Möglichkeit zu bieten, aufzuzeigen, dass der Koran natürlich solche Passagen enthält.

In der Folge standen die eingewanderten Muslime und

deren Integration im Mittelpunkt. Rolf Eggel, Verantwortlicher der Dienststelle für Bevölkerung und Migration des Kantons Wallis, dazu: «Die Einwanderer müssen Wissen mitbringen, die Sprache beherrschen und aktiv am Gesellschaftsleben teilnehmen.» «Wir müssen zusammen etwas aufbauen. Die Einwanderer müssen etwas Positives zur Gesellschaft beitragen und die verschiedenen Kulturkreise müssen einsehen, dass sie kein Monopol auf die Wahrheit besitzen», ergänzte Couchepin.

«Einbürgerung» von Pizza und Kaffee

Auch der als Beispiel etwas überstrapazierte Präzedenzfall der eingewanderten Italiener kam zur Sprache. «Die wollte am Anfang auch niemand hier haben und mittlerweile sind sie voll integriert und haben trotzdem ihre Kultur bewahrt. Dank ihnen gibt es in der Schweiz jetzt zahlreiche gute Pizzerias», erzählte Eggel.

Dazu passend wusste Loretan von einem Moscheebesuch zu berichten, von dem ihm der hervorragende Kaffee

in Erinnerung geblieben ist. «Vielleicht assoziiert man die Muslime irgendwann ja mit Spitzen-Kaffeehäusern.»

Das Referat mit Podiumsgespräch wurde von Kollegiumsschülern im Rahmen der schweizweiten Woche der Religionen organisiert. Deren Rektor Gerhard Schmidt verwies in seinem Schlusswort auf die Geduld, die solche Integrationsprozesse benötigen und appellierte an seine Schüler, ihren Teil dazu beizutragen. Als selbst denkende Individuen.

mas



Podiumsdiskussion. Rahim Hasani, Pascal Couchepin, Rolf Eggel, Daniel Rotzer und Prof. Dr. Adrian Loretan (von links).

FOTO ZVG